

EUROPA Aktuell

Newsletter der drei bayerischen SPD-Europaabgeordneten

19. Januar 2018 - www.bayernspd.eu

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Augen vieler, die sich für Politik interessieren, richten sich momentan nach Berlin und zum SPD-Bundesparteitag nach Bonn. Doch auch wir Europaabgeordneten in Straßburg haben in unserer ersten Sitzungswoche des Jahres bereits wieder einiges auf den Weg gebracht: Wir wollen die Jugendarbeitslosigkeit noch stärker bekämpfen, das Parlament will saubere Energie für alle EuropäerInnen und schärfere Export-Kontrollen für "Dual Use" Güter, die leicht militärisch nutzbar gemacht werden könnten. Im ersten Newsletter des Jahres berichten wir Euch außerdem über Entwicklungen bei den sogenannten "makroregionalen Strategien" (wie der für Bayern wichtigen Alpen-Strategie), über unsere Initiative zur Bekämpfung von Tacho-Betrügereien, und über die Idee der EU-Kommission, wie man Plastikmüll weiter reduzieren kann. Viel Spaß beim Lesen!

Bessere Koordinierung für bessere Strategien!

von Kerstin Westphal

Das Parlament hat einen Bericht zu den sogenannten "makroregionalen Strategien" verabschiedet. Darunter versteht man Förderstrategien, die staatenübgreifende Regionen, wie etwa für uns in Bayern den Alpenraum oder den Donauraum, zusammenfassen. Bei der Alpenraumstrategie hatte Bayern 2017 sogar den Vorsitz inne. Mit den makroregionalen Strategien werden Regionen in den Mitgliedstaaten zusammengeführt, die dieselben Herausforderungen zu bewältigen haben, um gemeinsam mehr zu erreichen. Dafür braucht es aber mehr Engagement! **Hier zum Artikel...**



Kampf dem Plastikmüll - weil weniger mehr ist

von Maria Noichl



Die EU stellt als erste Region der Welt eine umfangreiche Strategie gegen Plastikmüll vor und will in Zukunft mit gutem Beispiel vorangehen. Wir alle kennen die Bilder von zugemüllten Stränden - vor allem nach einem Sturm kommt hier zu Tage, was das Meer sonst in seinem Inneren verbirgt. Ein Zehntel des Abfalls sind dabei herrenlose Fischereinetze, die die nächsten 600 Jahre alleine weiterfischen werden. Diese sind nicht nur ein Problem für die Umwelt auf lange Sicht, sondern auch ein direktes Risiko für die unterschiedlichen Meeresbewohner, die sich in ihnen verfangen und dann verenden. Hier zum Artikel...



Gesetzesvorschlag gegen Manipulationen am Kilometerstand vorgelegt von Ismail Ertug



Seit dem Vertrag von Lissabon hat das Europäische Parlament ein "indirektes" Gesetzesinitiativrecht und kann die Europäische Kommission dazu auffordern, einen Gesetzesvorschlag vorzulegen. Der Verkehrsausschuss hat nun zum ersten Mal von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und eine Initiative gegen Tachobetrug vorgelegt. Als verkehrspolitischer Sprecher der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament und zuständiger Berichterstatter habe ich einen Gesetzesentwurf vorgelegt, mit dem Manipulationen am Kilometerstand von Autos deutlich erschwert bzw. verhindert werden sollen. Hier zum Artikel...



Saubere Energie für alle Europäer

Die EU-Kommission hat im November 2016 das Gesetzespaket "Saubere Energie für alle Europäer" veröffentlicht. Dieses beinhaltet unter anderem Vorschläge zur Überarbeitung der Energieeffizienz-Richtlinie und der Erneuerbare-Energien-Richtlinie für den Zeitraum von 2021 bis 2030. Zudem ist darin eine sogenannte Governance-Verordnung enthalten – diese soll sicherstellen, dass die EU-Mitgliedstaaten ihren Berichtspflichten nachkommen und ihren Beitrag zur Erreichung der Energie- und Klimaziele leisten. **Hier zum Artikel...**



Schärfere Exportkontrollen für militärisch nutzbare Güter



Diktatoren verwenden oftmals Überwachungsinstrumente "made in Europe", um Menschenrechtsaktivisten und Journalisten auszuspionieren – Folter und Gefangenschaft können die Folge sein. Auch deutsche Firmen helfen autoritären Staaten, ihre Bürger zu überwachen. Die neue sogenannte Dual-Use-Verordnung enthält Regeln gegen solche Fälle in der EU. "Dual Use" beschreibt die prinzipielle Verwendbarkeit eines Wirtschaftsgutes, etwa einer Maschine oder einer Software, sowohl zu zivilen als auch militärischen Zwecken. Hier zum Artikel…

Jugendarbeitslosigkeit stärker bekämpfen

Die europäische Finanz- und Wirtschaftskrise hat vor allem junge Menschen schwer getroffen. Arbeitslosenquoten von 40 bis sogar 50 Prozent waren in den vergangenen Jahren insbesondere im Süden Europas keine Seltenheit. Um das Problem in den Griff zu bekommen, hat die EU 2014 die Jugendbeschäftigungsinitiative mit der sogenannten Jugendgarantie ins Leben gerufen. Die Förderung kommt in Regionen mit einer Jugendarbeitslosigkeit von über 25 Prozent zum Tragen. Hier zum Artikel...



